

Der „Deutsche Weg“ und die Kriegswaffenindustrie

von Arno Neuber

„Staaten wie Unternehmen sind auf der Suche nach Macht und Einfluss und versuchen, sich gegenseitig in ihrem ureigenen Interesse zu dominieren. Die Zielsetzung eines Staates ist die Verfolgung der eigenen Interessen, auch, indem versucht wird, direkt Einfluss zu nehmen auf die Politik eines anderen Landes, oder indirekt, die eigene Wirtschaftskraft auf Kosten anderer Staaten zu stärken (...) Die Verfügungsgewalt über die natürlichen Ressourcen der Erde unter dem Begriff 'Weltmacht Rohstoffe' - vor allem Erdöl und andere strategische Rohstoffe - ist dabei ein entscheidender Punkt.“ Die beiden Autoren Jürgen Zeiger und Bernd Oliver Bühler lassen in ihrem Beitrag für die „Zeitschrift für Innere Führung“ der Bundeswehr (Information für die Truppe, Nr. 1/2004) nichts an Deutlichkeit vermissen.

„Betrachten wir die Weltwirtschaft“, zitieren sie zustimmend Francois Mitterand, „so sieht man ein Schlachtfeld vor sich, auf dem sich die Unternehmen einen gnadenlosen Krieg liefern. Gefangene werden nicht gemacht. Wer fällt, stirbt.“ Für die Kriegswaffenindustrie gilt dieser machtpolitische Imperativ natürlich in besonderer Weise. Sie gilt den Vertretern der herrschenden Politik als „zweites Standbein“ der Militärpolitik neben der eigentlichen Armee.

So wird in Strucks Verteidigungspolitischen Richtlinien Wert auf „eine leistungs- und wettbewerbsfähige industrielle Basis in technologischen Kernbereichen“ gelegt. Dabei gilt im Kabinett und bei den Kapitalvertretern die gleiche Reihenfolge: Zunächst Deutschland, dann Europa. So kümmert sich die Schröder-Fischer-Regierung rührig darum, dass deutsche Kriegswaffenproduzenten bei europäischen Zusammenschlüssen in Führungspositionen sitzen.

Bereits im Koalitionspapier von SPD und Bündnisgrünen aus dem Jahr 1998 wurde die Förderung der Luft- und Raumfahrtindustrie als Ziel „deutscher Friedenspolitik“ ausgegeben. Im Herbst 2000 trafen sich Schröder und sein „Verteidigungs“minister mit den Spit-

zen der Heeres- und Marineindustrie im Kanzleramt, um einen Zusammenschluss der deutschen Kriegswaffenindustrie zu Monopollieferanten zu erreichen. „Ein Kanzler für die Panzer“, titelte aus diesem Anlass der „Tagesspiegel“ am 29.10.2000. Staatssekretär Walther Stützel brachte die Ziele sozialdemokratischer Rüstungspolitik anschließend griffig auf den Punkt: „Kernziel ist es, Marine- und Heeresindustrie fit zu machen für einen europäischen Zusammenschluss und für eine Spitzenstellung in diesem Zusammenschluss“ (Tagesspiegel 29.10.00).

Vorbild EADS

Als Blaupause soll dabei der Luft- und Raumfahrtgigant EADS dienen. Dort ist man auf bestem Wege, zwei strategische Zielvorgaben gleichzeitig zu erreichen: Erstens dominierenden deutschen Einfluss innerhalb des Konzerns zu sichern und die US-Konkurrenz von der Pole Position zu verdrängen.

Die EADS ist einer der Hauptprofiteure der EU-Militarisierung. „Die Branchenstimmung hellt sich deutlich auf“, schrieb

das Fachblatt „FlugRevue“ anlässlich der Internationalen Luftfahrtausstellung im Juni in Berlin. Dort hatten sich der Bundeskanzler und die Minister Struck, Schily, Buhlman, Stolpe und Clement als Werbepromis für Waffen „Made in Germany“ ein Stelldichein gegeben.

Der Auftragsbestand der EADS im Militärbereich hatte sich im vergangenen Jahr bereits auf 61,2 Mrd Euro verdoppelt (Ende 2002: 31,0 Mrd). Bis 2005 soll der Umsatz im Rüstungsbereich um über 50% wachsen und rund 30% des Gesamtumsatzes ausmachen. Mit dem Auftrag für den Militärtransporter Airbus A400M im Wert von offiziellen 19,7 Mrd Euro hat die EADS den größten Auftrag ihrer Geschichte an Land gezogen. EADS-Boss Camus: „Wir streben die weltweite Führungsposition an.“ Das heißt: Boeing übertrumpfen, in den US-Rüstungsmarkt einbrechen (nachdem man im Zivilgeschäft bereits der größte Hubschrauberlieferant ist und Airbus mit Boeing bei Verkehrsflugzeugen gleich gezogen hat) und strategische Positionen in Russland, Japan, China, Südkorea und Indien erobern.

Bislang ist es allerdings nicht gelungen, die Briten unter die deutsch-französische Knute zu zwingen. Dort ist durch weitgehende Konzentration des Rüstungssektors unter dem Dach der British Aerospace (BAE) Systems ein zweiter Pol in der EU-Rüstungsindustrie entstanden, der vor allem von den britischen Sonderbeziehungen zu Washington profitiert. Mit

Hartz IV: Bundesagentur vermittelt jetzt Arbeitslose als Sicherheitskräfte in den Irak

Deutschland gerät immer weiter in den Sumpf des Irak-Krieges. Jetzt vermittelt die Bundesagentur für Arbeit zur Flughafenüberwachung in Mosul (Nordirak) „geprüfte Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte“ für „Patrouillendienste, Personenkontrolle, Objektbewachung“. In Anzeigen der „Zentralstelle für Arbeitsvermittlung“ wird im Anforderungsprofil „Englisch zur Verständigung am Arbeitsplatz, Waffenkunde erwünscht. Nur Bewerber bis 45 Jahre körperlich fit“ genannt. Es scheint als ob die Bundesregierung jetzt alles daran setzt, dass Deutschland sich immer stärker am Irak-Krieg beteiligt. Hatte Schröder immer erklärt, keine Bundeswehrsoldaten in den Irak entsenden zu wollen, fördert jetzt offensichtlich die „Bundesagentur für Arbeit“ die „Privatisierung“ der deutschen Irak-

Kriegsbeteiligung“. Damit übernimmt Deutschland wieder einmal - nach der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte - eine Vorreiterrolle bei den EU-Mitgliedstaaten, die sich früher nicht direkt am Irak-Krieg beteiligt hatten: Angesichts der Debatte um Hartz IV, mit dem gewollten Zwang jede Arbeit anzunehmen, wirkt dieses Engagement der Bundesagentur doppelt zynisch. Was passiert eigentlich, wenn es Tote gibt? Die Bundesregierung scheint alles tun zu wollen, um die Arbeitslosen loszuwerden. Die Inserate verheißen denn auch ein „überdurchschnittliches Gehalt ... und Lebensversicherung“. Nähere Auskünfte können bei Frau Nikolay von der „Zentralstelle für Arbeitsvermittlung“ eingeholt werden (Tel: 0049 228 713 1075).

Tobias Pflüger

einem Auftragsvolumen von 69 Mrd Euro ist BAE der größte ausländische Lieferant der US-Army. Beteiligt ist man auch am Joint Strike Fighter, dem teuersten Rüstungsprojekt der Welt (70 Mrd Dollar). BAE Systems versucht seit längerem, einen transatlantischen Superkonzern unter eigener Führung aufzubauen. Nach dem Scheitern von Fusionsgesprächen mit Boeing und dann mit Lockheed-Martin wurde im Frühjahr 2004 über einen Zusammenschluss mit General Dynamics spekuliert.

Der führende Panzerbauer der USA hatte zu diesem Zeitpunkt die Übernahme des britischen Konkurrenten Alvis angekündigt. General Dynamics wäre damit zum führenden Lieferanten für Kampfpanzer und Militärfahrzeuge in Europa aufgestiegen. Bereits im März 2001 war man bei der spanischen Santa Barbara eingestiegen,

einmal leer ausgehen und BAE seine Position für eine Übernahme des US-amerikanischen Panzerkonzerns gestärkt haben. In Deutschland wurde - unter tatkräftiger Hilfestellung aus Bonn und Berlin - die Panzerindustrie in den letzten Jahren bei Krauss-Maffei Wegmann (Kampfpanzer) und Rheinmetall (Transportpanzer, Schützenpanzer) konzentriert. Der Panzerbau gilt als strategischer Kernbereich der deutschen Kriegswaffenindustrie. Mit Rheinmetall wurde ein deutscher Rüstungskonzern von europäischen Dimensionen zusammengeschoben. Problematisch aus Berliner Sicht sind die Eigentumsverhältnisse bei Krauss-Maffei Wegmann. Siemens möchte nämlich seinen 49%-Anteil verkaufen.

Im vergangenen Dezember hatte die rosa-olivgrüne Koalition in Berlin eigens das Außenwirtschaftsgesetz geändert, um

Genau darüber kam es jüngst zum Krach beim deutsch-französischen Führungsduo wegen unterschiedlicher Interessen bei der Konstruktion einer „Marine-EADS“. 2002 verkaufte die Deutsche Babcock AG die Kieler Marine-Werft HDW an den US-Pensionsfonds One Equity Partners (OEP), der sie ein Jahr später mit Gewinn weiter verkaufen wollte. Interesse zeigten der französischen Rüstungskonzerne Thales und die Staatswerft Direction des Constructions Navales (DCN). Gegen eine französische Übernahme machte sich die sonst so frankophile Bundesregierung stark, die zunächst einen nationalen Zusammenschluss haben wollte, der bei einer künftigen „Marine-EADS“ nicht im Beiboot, sondern auf der Kommandobrücke sitzen soll. Das Gerangel um HDW beschäftigte monatelang die Wirtschafts- und „Verteidigungs“-ministerien in Paris und Berlin, Kanzler Schröder und Staatspräsident Chirac griffen persönlich in die Auseinandersetzungen ein. Die Bundesregierung stellte sogar staatliche Bürgschaften in Aussicht, um eine deutsche Mehrheit an der Werft zu sichern.

Im vergangenen Dezember hatte die rosa-olivgrüne Koalition in Berlin eigens das Gesetz geändert, um den Verkauf deutscher Rüstungskonzerne ins Ausland unter Genehmigungsvorbehalt der Regierung zu stellen.

Im Frühsommer 2004 schließlich unterzeichneten ThyssenKrupp und OEP eine Absichtserklärung, wonach die bisherigen ThyssenKrupp-Werften Blohm+Voss (Hamburg) und die Nordseewerke (Emden) sowie die Kockums Werft (Schweden) und die griechische Hellenic Shipyards mit der HDW in einem Verbund unter Führung von ThyssenKrupp zusammengeführt werden sollen. OEP soll dazu seine 100% der Anteile an HDW gegen 25% beim neuen europäischen Werftenriesen tauschen.

Das nächste Gerangel kündigt sich bereits im Bereich der Motoren- und Triebwerksindustrie an: Zum Jahreswechsel hat DaimlerChrysler die MTU Aero Engines für angeblich 1,5 Mrd Euro an den US-Investor Kohlberg Kravis Roberts Co. (KKR) verkauft. Bei MTU verspricht man sich durch einen US-Besitzer bessere Chancen beim Zugang zum US-Markt. Der Name Daimler löst dort noch immer Erinnerungen an Faschismus und Holo-



die den deutschen Kampfpanzer Leopard 2 in Lizenz baut. Eine Kriegserklärung für die Berliner Regierung. Dort fürchtet man den Abfluss deutschen Know-hows und das Eindringen der US-Konkurrenz in den europäischen Panzermarkt, nachdem General Dynamics auch bei Steyr (Österreich) und Mowag (Schweiz) erfolgreich auf Beutezug war.

Offensichtlich denkt man in London aber an eine eigene Führungsposition in Europa, nicht an eine Statistenrolle für die US-Rüstungsindustrie. In einem Überraschungscoup wenige Stunden vor Ablauf der Bieterfrist legte BAE Systems ein höheres Angebot für Alvis auf den Tisch. General Dynamics dürfte damit erst

den Verkauf deutscher Rüstungskonzerne ins Ausland unter Genehmigungsvorbehalt der Regierung zu stellen. Inzwischen hat man sich mit der Industrie darauf verständigt, nur im Ausnahmefall davon Gebrauch zu machen. Der könnte bei KMW gegeben sein. Die SPD-Wehrexperten Arnold, Bartels und Merten haben jedenfalls klar gemacht, dass die Zeiten, in denen Rüstungsproduktion mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen gerechtfertigt wurde, vorbei sind. Es geht jetzt um „höhere“, um nationale Ziele. Es geht darum, mit einer eigenen Kriegswaffenindustrie „Einfluss auf die Sicherheitspolitik in Europa und in der Welt nehmen zu können“.

caust aus. Der US-Investor will MTU als Ganzes erhalten und später gewinnbringend an die Börse bringen.

Bei der Bundesregierung laufen bereits alle Drähte heiß. Deutscher Einfluss soll unbedingt gesichert werden, schließlich ist die MTU der Lieferant für sämtliche Triebwerke der deutschen Luftwaffe. Als mögliche Partner für einen europäischen Triebwerkskonzern gelten derzeit Volvo (Schweden) und die spanische ITP. Auch in Frankreich begibt man sich in Startposition für einen erneuten Machtkampf. Der französische Staatskonzern SNECMA soll noch in diesem Jahr an die Börse gebracht werden und danach für europäische Zusammenschlüsse bereit stehen. Der Einsatz verspricht reiche Beute. Nach 20jähriger Aufholjagd gegen die US-Konkurrenz und dem Einsatz von Unsummen von Steuergeldern hat die europäische Triebwerksindustrie inzwischen einen Weltmarktanteil von 50% erobert.

Die europäische Rüstungsagentur

Einen besonderen Schub für die deutschen Kriegswaffenproduzenten versprechen sich Bundesregierung und Kriegswaffenindustrie von der im EU-Verfassungsentwurf (Artikel I-40, Abs 3 des Textes vom 25.06.04) verankerten „Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten.“ Obwohl der Verfassungsentwurf beim EU-Gipfel im Dezember 2003 zunächst wegen machtpolitischer Streitigkeiten auf Eis gelegt werden musste, trafen sich schon Anfang des Jahres 2004 zwölf Experten, das sogenannte Agency Establishment Team, in Brüssel, um die (im damaligen Verfassungsentwurf noch „Amt“ genannte) Rüstungsagentur auf den Weg zu bringen. Vier Monate später gab es einen Aufbauplan, der beim EU-Gipfel am 17. Juni des Jahres in Brüssel gebilligt wurde. Danach soll die Behörde (jetzt EDA - European Defence Agency - genannt) im nächsten Jahr rund 80 Mitarbeiter und ein Budget von 25 Millionen Euro haben.

Im Interview mit der Zeitschrift des Reservistenverbandes der Bundeswehr (loyal Nr. 6/2004) zeigte sich EADS-Chef Rainer Hertrich allerdings unzufrieden mit dem Konzept. Er will mehr Macht für die Agentur. „Vorerst scheint es in der Konzeption mehr darum zu gehen, Ratgeber zu sein. Eine Art strategisches Institut ohne jegliche Kompetenzen, nur mit einem minimalen Budget ausgerüstet (...) Das ist etwas, was aus meiner Sicht wahrhaft keinen Sinn macht. So wäre das Klassenziel eindeutig verfehlt.“ Wie das Klassenziel lautet, erklärten die Bosse

der europäischen Rüstungsriesen EADS, BAE Systems und Thales am 15. Juni des Jahres dem Publikum in einer ganzseitigen Anzeige in den großen deutschen Tageszeitungen. Unter dem Titel „Eine starke europäische Verteidigungsagentur nützt allen - nutzen wir die Chance!“ forderten sie, die Arbeit der Rüstungsagentur auf vier Punkte zu konzentrieren und sie mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen auszurüsten.

Ersten soll die Agentur für eine schnellere Aufrüstung der EU-Interventionstruppen sorgen. Zweitens sollen mehr staatliche Forschungsgelder für die Kriegswaffenindustrie her. Dazu soll eine „strategische europäische Forschungsagenda“ erarbeitet werden. Drittens soll über einen europäischen Rüstungsmarkt den großen Konzernen aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien der Zugriff auf die Militärhaushalte aller EU-Mitgliedsländer gebnet werden. Wie weitgehend die Rüstungsbosse dabei die Kompetenzen der Agentur auslegen, zeigt die Formulierung in ihrem Aufruf: „Die Agentur wird daher die Mitgliedstaaten dazu **anhalten** müssen, gemeinsame Lösungen auch bei unterschiedlichen Anforderungen zu finden.“

Der vierte Punkt ist eine Kampfansage an die USA und ihre Rüstungsindustrie und eine Aufforderung zum „sorgsamem Umgang mit der industriellen Basis in Europa“ mit dem dezenten Hinweis auf das gigantische Beschaffungsbudget im US-Rüstungshaushalt.

BDI-Präsident Rogowski ist sich sicher: In den Kernbereichen wird die deutsche Kriegswaffenindustrie durch die Agentur

„mit größeren Auftragsgrößen rechnen können. Deshalb bin ich sehr dafür, dass es zu einer europäischen Kooperation kommt.“ (Deutsche Welle, 18.12.03) Es verwundert daher nicht, dass die Initiative zu einer EU-Rüstungsagentur 1993 von Deutschland und Frankreich ausging. 1997 wurde eine gemeinsame Organisation (OCCAR) mit Sitz in Bonn gegründet, der sich auch Großbritannien und Italien anschlossen. In diesen vier Ländern haben übrigens 16 der 50 größten Waffenkonzerne der Welt ihren Sitz. Über die OCCAR werden derzeit beispielsweise die Beschaffung des Militärtransporters A400M, des Kampfhubschraubers Tiger und des Schützenpanzers Boxer gemanagt. OCCAR soll künftig in der EU-Rüstungsagentur aufgehen. Die Bundesregierung hat bei der Besetzung des Chefpostens der Rüstungsagentur zwar einem Briten den Vortritt gelassen, aber sich mit Hilmar Linnenkamp den Stellvertreterposten gesichert.

Und dann gibt es ja auch noch den „Superkommissar“, Günter Verheugen. Mit ihm ist es der Schröder-Fischer-Truppe gelungen, ihren Kandidaten in das „zentrale herausgehobene Amt“ eines EU-Kommissars für Wirtschaftsfragen zu hieven. Günter Verheugen wird künftig nicht nur darauf achten, dass die Wirtschaftsinteressen der EU-Führungsmächte und ihrer Konzerne in der erweiterten Union durchgesetzt werden, er wird auch die Zuständigkeit für Rüstungsforschung und die europäische Raumfahrt haben, deren Militarisierung von Berlin kräftig vorangetrieben wird.

NATO im Irak jetzt Kriegspartei

Mit der Entscheidung rund 300 Offiziere in den Irak zur Ausbildung von Sicherheitskräften zu schicken, werden die NATO und damit, bis auf die neutralen Staaten (Irland, Österreich, Finnland und Schweden), nahezu alle EU-Staaten zur Kriegspartei im Irak. Das vom deutschen Bundeskanzler gegebene Versprechen keine deutschen Soldaten in den Irak schicken zu wollen, wird damit mit hoher Wahrscheinlichkeit gebrochen werden. Eins steht jedenfalls fest: Ohne deutsche Zustimmung hätte die NATO keine Soldaten in den Irak entsenden können. Diese offensichtliche Ausweitung der deutschen Beteiligung am Irakkrieg muss endlich gestoppt werden. Leider wird auch die EU hier nicht gegensteuern, im Gegenteil: Die Euro-

päische Union geht auf dem Balkan Hand in Hand mit der NATO vor. Auch beim EU-Militäreinsatz „ALTHEA“ in Bosnien, dem größten, mit über 7000 Soldaten, bisher überhaupt, wird die EU auf NATO-Kapazitäten zurückgreifen. Um ein NATO-Hauptquartier zu einem EU-Hauptquartier umzuwidmen, wird lediglich die EU-Fahne herausgehängt. So zumindest wurde es den verblüfften Mitgliedern im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung jüngst vom stellvertretenden Oberkommandierenden der NATO, dem deutschen Admiral Rainer Feist, geschildert. Dies wirft ein Schlaglicht auf den Stand der verhängnisvollen Militarisierung der EU-Außenpolitik.

Tobias Pflüger